



FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpreise@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de
www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen
www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

03.01.2018

Pressemitteilung Nr. 18/026

Watermann: Gelungene Integration ist Schlüssel zur Vermeidung von Straftaten durch Geflüchtete

Am Mittwoch wurde eine Studie zur Kriminalitätsentwicklung in Niedersachsen veröffentlicht, die unter der Leitung des ehemaligen SPD-Justizministers und Kriminologen Prof. Dr. Christian Pfeiffer entstanden ist. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass der zwischen 2014 und 2016 gemessene Anstieg von Gewaltdelikten in Niedersachsen hauptsächlich auf Straftaten geflüchteter junger Männer zurückgehe.

Uli Watermann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, begrüßt, dass die Studie lange gehegte Beobachtungen und Vermutungen auf ein wissenschaftlich-empirisches Fundament stellt: „Die Ergebnisse der Studie belegen einmal mehr, dass junge Männer zwischen 14 und 30 Jahren statistisch am häufigsten straffällig werden – egal, welcher Ethnie sie angehören und welcher Nationalität sie sind. Diese Gruppe ist unter den Geflüchteten, die insbesondere im Untersuchungszeitraum der Studie nach Niedersachsen gekommen sind, stark überrepräsentiert und dies schlägt sich in der Kriminalstatistik nieder.“

Für den SPD-Politiker gibt es auf die Befunde der Studie keine einfachen Antworten: „Junge Männer, die in einem fremden Land mit einer ihnen fremden Kultur auf engem

Raum gemeinsam untergebracht werden mussten, sind überproportional häufig straffällig geworden, das lässt sich nicht wegdiskutieren. Es hilft ebenso wenig, über diese Zahlen einfach hinweg zu sehen, wie Pauschalurteile über alle Geflüchteten zu fällen. Die überwältigende Mehrheit der Menschen, die bei uns in Niedersachsen Schutz vor Krieg und Vertreibung gesucht haben, ist völlig unbescholten.“

„Das Wichtigste ist, dass jeder und jedem, der in Deutschland lebt – und sei es nur für einen kurzen Zeitraum und auch bei einer schlechten Bleibeperspektive – im Rahmen eines Integrationsprozesses vermittelt werden muss, dass unsere Gesetze und unser Grundgesetz, auf die wir zu Recht stolz sind, unbedingt zu achten und einzuhalten sind. Sie bilden die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und sie sind nicht verhandelbar. Seit dem Untersuchungszeitraum der Studie zwischen 2014 und 2016 ist im Bereich der Integration bereits viel passiert. Wir in Niedersachsen, aber auch die Bundesregierung, müssen unsere Bemühungen dennoch weiter intensivieren, um präventiv tätig zu sein, so wie es auch Dr. Pfeiffer und seine Kollegen fordern. Am Ende des Tages ist eine gelungene Integration der Schlüssel zur Vermeidung von Straftaten und zu einem friedlichen Zusammenleben. Wir müssen aber auch konsequent sein: Dort, wo Geflüchtete schwere Straftaten begehen, müssen sie in ihre Heimatländer zurückgeführt werden – in Niedersachsen ist das bereits gelebte Praxis,“ so Watermann.